

Bis zu 700 Prozent Wachstumspotenzial

Der Markt für die Zeitarbeitsbranche in Osteuropa werde sich im kommenden Jahrzehnt den deutschen Verhältnissen anpassen, prognostiziert der Wiener Forscher Dr. Frederik Lehner auf dem Arbeitgebertag des BZA.

Welche Gründe gibt es, dem rasant wachsenden Zeitarbeits-Markt in Osteuropa die kalte Schulter zu zeigen? Keine! Das meint der Wissenschaftler Dr. Frederik Lehner: Die osteuropäischen Länder verfügten über ein „sehr positives langfristiges Wachstumspotenzial für die Zeitarbeitsbranche“. Dr. Frederik Lehner erstellt mit seinem Wiener Unternehmen Interconnection Consulting pro Jahr rund 200 Marktstudien – seit zehn Jahren auch zum Thema Zeitarbeit.

Der Österreicher untermauerte auf dem Arbeitgebertag des BZA in München seine These vom Boom-Kontinent Osteuropa mit interessanten Zahlen. Demnach liegt der Anteil der Zeitarbeitnehmer am Gesamt-Arbeitsmarkt dort momentan zwischen 0,3 und 0,7 Prozent. In Deutschland dagegen seien mehr als zwei Prozent aller Arbeitnehmer in Zeitarbeitsunternehmen beschäftigt.

Aus seinen Befragungen und Untersuchungen schließt der Forscher: „In zehn Jahren wird sich Osteuropa auf dem heutigen Niveau von Deutschland befinden.“ Dies bedeutet ein Wachstumspotenzial von 300 bis 700 Prozent. Lehner sieht für diese mögliche Entwicklung vor allem zwei Ursachen: „Es entsteht politischer Druck auf die osteuropäischen Regierungen, dieses Flexibilisierungsinstrument zu nutzen.“ Und dieser Druck gehe einher mit einem verstärkten Willen der Länder, dies auch tatsächlich zu tun. Der Experte: „Wer als Zeitarbeitsunternehmer Wachstum haben möchte, muss nach Osteuropa gehen.“

Der Wissenschaftler ging in seinem Vortrag auch der Frage nach, ob durch die Liberalisierung des Arbeitsmarktes ab Mai 2011 eine „Gefahr aus dem Osten“ drohe. Der Wiener verneinte dies eindeutig. Es bahne sich vielmehr ein „gutes Geschäft“ für deutsche Zeitarbeitsfirmen an. Denn Zeitarbeit werde dort gebraucht, wo die Nachfrage am größten sei. Durch die Verlagerung von Produktionsstätten entstehe diese vorrangig in Osteuropa. Der Slogan „Go East!“ gelte daher für die gesamte Wirtschaft – auch für die Unternehmen, die dort bereits Niederlassungen hätten. „Sie werden noch weiter nach Osten gehen.“

Umgekehrt werden jedoch weit weniger Arbeitskräfte aus Osteuropa nach Deutschland kommen als angenommen. Zwar seien beispielsweise mehr als 50 Prozent der Polen bereit, für einen gut(-bezahlten) Job ihr Land zu verlassen. Trotzdem werde es ab Mai 2011 zu keiner Masseneinwanderung kommen. „Der deutschsprachige Raum hat sich sehr abgeschottet, und das wirkt nicht sehr anziehend auf Zeitarbeiter.“ Die hochausgebildeten Arbeitskräfte würden lieber nach Skandinavien oder Großbritannien gehen.

Außerdem seien auch die Lebenshaltungskosten in Deutschland entsprechend höher, während sich in Osteuropa eine „hervorragende Entwicklungs-Perspektive“ aufzeige. Die Reallöhne stiegen dort seit Jahren zum Teil um 50 Prozent, während sie in Deutschland seit 15 Jahren zurückgingen. Die Bundesrepublik, die sich „fit und gesund gespart“ habe, zeige sich über den EU-Rettungsschirm nun unverständlicher Weise solidarisch mit Ländern, die zulasten der Staatsverschuldung eine expansive Lohnpolitik betrieben haben. Im Endeffekt müsse Deutschland nun die Arbeitsmarktpolitik dieser EU-Staaten bezahlen, kritisierte der Forscher – begleitet von starkem Applaus des Publikums.